

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Bezirk des Reichsboten oder bei den Postämtern 3,- M. bei Zustellung unter Straßband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Verteilungsliste für 1919 eingetragene Zeitschrift.

Interessante Lesestoffe: die achtseitige Sonntagsausgabe oder deren Raum 120 Bl., Wochenblätter des Reichsboten, Post 60 Pf., jedes weitere Blatt 25 Pf., Kreuzungsbeilage 10 Pf., bei Familien- u. Vereinsabonnements 1/2 des Zuschlags fort. Inserate für den Sonntagsausgaben Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13  
Korrespondenten: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Entente sorgt für Aufrichterhaltung der Ordnung.

Paris, 10. August.

„Chicago Tribune“ zufolge hat der Oberste Rat vorgeschlagen nachmittags die neuen Grenzen des ungarischen Staates festzulegen. Er hat ferner bestimmt, in welcher Weise die alliierten Truppen in der für die Volksabstimmung vorgesehenen Zone Oberschlesiens verteilt werden sollen und die finanziellen Wiedergutmachungsklauseln für den bulgarischen Vertrag fertiggestellt.

Dasselbe Blatt zufolge hat der Vizepräsident des Völkerbundes am 10. August in Genf eine Erklärung abgegeben, wonach Deutschland ermächtigt wird, neue Truppen in die 50-Kilometerzone östlich des Rheins zu legen, wo die dort befindlichen deutschen Truppen, falls Streikunruhen ausbrechen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen.

#### Die Eisenbahnbeamten gegen die Lüge.

Frankfurt a. M., 10. August.

Nach den Beamten der Direktionsbezirke Kassel, Erfurt, Halle und Magdeburg wurde sich nunmehr auch der Bundes-Legations-Frankfurt des Gewerkschaftsbundes Deutscher Eisenbahnbeamten in einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ gegen die Meldung dieses Blattes, daß die Demotisation der Eisenbahnverwaltung durch einen Eisenbahnbeamten freigelegt werden solle, ausgesprochen. Gerade bei dem letzten Eisenbahnstreik in Frankfurt hätten die Frankfurter Beamten bewiesen, daß sie einen wilden Streik nicht unterstützen. Die Beamten weisen die Unterstellung auf das Schärfste zurück.

#### Der Bankbeamtenstreik in Hamburg.

Hamburg, 10. August.

Die Bankbeamten in Hamburg und Altona sind heute in den Streik eingetreten. Die Banken sind infolgedessen geschlossen. Die Bankleitungen haben die arbeitswilligen Beamten und Boten aufgefordert, sich Montag früh an ihren Arbeitsstätten einzufinden. Für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Schutz der arbeitswilligen Beamten seien die Körperschaften der arbeitswilligen Beamten namentlich bei den Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite zu berücksichtigen. Die Banken geben jedoch bekannt, daß, falls die Mehrzahl der Angestellten nicht zur Arbeit erscheine, der Betrieb der Banken für den Verkehr mit dem Publikum nicht aufgenommen wird.

#### Die Konterrevolution in Ungarn.

Gegen das Anspruchsrecht.

I. U. Wien, 11. August.

Die Bewegung gegen den Aufbruch der ungarischen Volkskriegerführer in Deutschland nimmt zu. Dingenbehebungen der Ortsbewohner vereinigen sich mit Entschlossenheit der bürgerlichen Parteien an die Regierung. Es heißt, daß die ungarische Regierung binnen kurzem ein Auslieferungsgesetz für Bela Kun und Genossen stellen wird.

#### Eine englische Regierungstimme über die Lage in Ungarn.

I. U. Amsterdam, 11. August.

Das Blatt „The Daily Chronicle“ schreibt über die Ereignisse in Budapest: Unsere Politik muß nach einer halbwegs zureichenden Regierung und nach einer halbwegs zureichenden Stabilisierung der Lage sein und nur ein solches Ziel dient namentlich bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand. Die eine rein militärische Angelegenheit ist. Durch die unglücklichen Vermittlungen des Krieges hat Rumänien im vergangenen Winter mehr Hunger gelitten als irgendein anderes Land mit Ausnahme Rußlands.

#### Rumänien und die Entente.

Bukarest, 11. August (H. N.)

Das rumänische Pressebureau meldet am 10. Heute vor-mittags 10 Uhr findet in Bukarest ein Ministerrat statt, an dem die in Bukarest weilenden Regierungsmitglieder sowie Vertreter der neuen angestellten Beamten teilnehmen werden. Der Ministerrat wird sich mit der Verantwortung der an Rumänien in der ungarischen Frage verhängten Entente-Rote befassen. Wie in der Regierungskreise verlautet, wird Rumänien Ungarn keinesfalls räumen, ehe die Entente alle ihm durch den Vertrag von 1918 gemachten Zugeständnisse einlöst.

Bukarest, 11. August (H. N.)

Das rumänische Pressebureau meldet: Die rumänische Presse nimmt einmütig gegen das Verlangen der Entente Stellung, Rumänien solle Budapest räumen und fordert die rumänische Regierung auf, von ihrem Standpunkt nicht abzuweichen. Die Entente habe nichts getan, um Rumänien die Opfer, die es in dem ihm

von Bela Kun aufgesteuerten Kampfe bringen mußte, zu ersparen. Sie könne daher nicht verlangen, daß Rumänien seine Opfer umsonst gebracht habe.

#### Abflauen des Eisenbahnstreiks in Amerika.

Amsterdam, 11. August.

Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß ein Teil der streikenden Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Arbeit wieder aufnimmt, wahrscheinlich infolge eines Schiedens Wilsons an Hand, in dem er erklärt, daß er nichts unternehmen könne, bevor die Arbeiter ihren Führern folgen.

Die englischen Blätter bringen eine Neuerung aus den Staaten, aus der hervorgeht, daß es dort im Zusammenhang mit dem Streik zu ersten Zusammenstößen gekommen ist. Mehrere Personen wurden erschossen und eine Anzahl schwer verletzt.

#### Ende des Streiks auf der Brooklyn-Eisenbahn.

H. N. Haag, 11. August.

Holländisch Newsbureau meldet aus New York: Der Streik des Personals der Brooklyn-Eisenbahn, der Mittwoch morgen begann, ist durch einen Vergleich beendet. Die schwebenden Fragen sollen noch von einem Schiedsgericht untersucht werden.

#### Zur Bewegung der New Yorker Polizisten.

Haag, 11. August.

Aus London wird gemeldet: Die New Yorker Polizei will Mitglied des allgemeinen amerikanischen Arbeiterverbandes werden. Es wurde eine besondere Polizeigenossenschaft gegründet, die sofort Lohnforderungen in Höhe eines Mindest-Jahresgehalts von 800 Pfund Sterling verlangte. Das Gehalt soll um jährlich 20 Pfund Sterling bis zu 400 Pfund steigen. Gegenwärtig betragen die Gehälter zwischen 240 und 380 Pfund Sterling.

#### Die deutschen Kriegsgefangenen in Amerika.

H. N. Haag, 11. August.

Aus New York wird gemeldet: „Chicago Tribune“ erzählt aus Paris, daß in New York amerikanischen Kreisen die Frage über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Amerika lebhaft besprochen werde. Von französischer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, die Kriegsgefangenen in Amerika freizugeben. Bevor Frankreich seinerseits die deutschen Kriegsgefangenen freilassen würde, zu amerikanischen Kreisen glaubt man aber, daß Amerika sich darauf nicht einlassen, sondern die deutschen Kriegsgefangenen zurückhalten werde, bis das Friedensabkommen von zwei weiteren Mächten ratifiziert sein werde.

#### Die Haltung der amerikanischen Friedensdelegation vor dem Senat.

H. N. Haag, 11. August.

Holländisch Newsbureau meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung teilt mit, daß dem Senat das gesamte Material über die Haltung der amerikanischen Friedensdelegation vorgelegt werden wird.

#### Annahme der italienischen Wahlreform.

I. U. Lugano, 11. August.

Die italienische Kammer nahm mit 234 gegen 62 Stimmen die Wahlreform an und vertagte sich dann bis zum 28. August.

#### Wiederaufnahme der Arbeit in Basel.

I. U. Basel, 11. August.

Der hiesige Streik ist beendet. Die Arbeit wurde Freitag nach 12 Uhr in allen Betrieben wieder aufgenommen.

#### Landarbeiterstreik in Frankreich.

Bern, 10. August.

Die Confédération Générale du Travail hat laut sozialistischen Blättern eine neue Gewerkschaft gebildet, welche zur Organisation der Landarbeiter dienen soll. Sie hat außerdem auf dem Lande eine rührige Propaganda begonnen, die sich schon bemerkbar macht. Die Landarbeiter des Seine- und Normandie-Departements fangen an, die Arbeit niederzulegen, so daß Militär zur Einbringung der Ernte in die Auslandsgebiete geschickt werden mußte. Im Seine- und Oise-Departement streiken die Landarbeiter ebenfalls. Es wurden freiwillige Kräfte aus anderen Landesteilen zur Einbringung der Ernte herangezogen.

#### Eine Schutzgarde des Kapitals.

In der Frage der Militarisierung der Berliner Polizei ist ein auffallendes Schweigen der zuständigen Stellen zu beobachten. Trotz der überaus scharfen Kritik, die auch von mancher bürgerlichen Seite an diesem ungeheuerlichen Plane geübt wurde, hat die Regierung es unterlassen, auch nur den Versuch zu machen, die dagegen geäußerten Vorwürfe und Bedenken zu entkräften.

Nur der als Ankläger aus dem Debebour-Prozess sattem bekannte Staatsanwalt Humbroich hat es im „Berliner Tageblatt“ unternommen, die Berechtigung der Militarisierung der Polizei zu beweisen. Dieser Herr, der schon in dem genannten Prozesse seine vollstän-dige politische Unreife und seine vollkommene Menschen-unkenntnis zur Genüge dargelegt hat, denkt auch hier durch ein paar schneidige Worte eine gewissenhafte Begründung erlegen zu können. Für ihn ist es selbstverständlich, daß man nur mit militärischen Machtmitteln die Berliner Bevölkerung in Schach halten kann. Geradezu kindlich ist es, wenn der Herr Staatsanwalt meint, daß die Tausende von Sicherheitspolizisten, die jetzt frisch von der Front auf die Berliner Bevölkerung losgelassen werden, in einem theoretischen Lehrgang von wenigen Wochen über alle Gebiete des politischen Wissens gründlich belehrt und für den politischen Großstadtdienst genügend geschult werden könnten. Bekanntlich haben selbst unsere in jahrelanger praktischer Arbeit geübten älteren, erfahreneren Schutzeleute sich öfters heftigste Mißgriffe zuschulden kommen lassen. Bei famulierenden, mit Handgranaten ausgestatteten Jünglingen aber genügt nach Herrn Humbroich ein kurzer theoretischer Unterricht, um sie zu vorbildlichen, für das Berliner Großstadtleben geeigneten Polizisten zu machen.

Schließlich macht sich Herr Humbroich noch einer großen Unrichtigkeit schuldig, wenn er behauptet, daß die Kosten nach dem sachverständigen Urteil des in der Berliner Polizeiverwaltung tätigen Dr. Lindenau für ganz Preußen 200 Millionen betragen würden. In Wirklichkeit hat Dr. Lindenau erklärt, daß 200 Millionen die Kosten allein für die Berliner Polizei sein würden. Schon dieser Hinweis zeigt, mit welcher „Gründlichkeit“ Herr Humbroich sich mit einer derart wichtigen Materie beschäftigt.

Daß dagegen die amtlichen Stellen sich einer ausgesprochenen Zurückhaltung über Fragen befleißigen, hat unseres Wissens keinen Grund darin, daß man die Bevölkerung — und daneben auch die Entente — vor eine völli-gene Laisance stellen will.

Es ist überaus bezeichnend, daß der Plan der Militarisierung der Polizei durchaus nicht, wie Herr Dr. Lindenau irrtümlicherweise annimmt, vom Reichswehrministerium ausgegangen ist, sondern vielmehr dort seinen Ursprung hat, wo alle Pläne zur Vergewaltigung der Arbeiterschaft und zur Aufrichtung einer militärischen Gewalt-herrschaft herkommen, nämlich im Divisionskass-quartier der Garde-Kavallerie-Division. Unter Nummer 101a Nr. 20 958 sandte Herr Hauptmann Voss am 10. März 1919 einen Plan zur Militarisierung der Polizei (schamhaft „Reorganisation der Schutzmannschaft“ genannt) an das Oberkommando des Reichswehrministeriums. Die Reichswehrminister besetzte sich pflichtschuldigst, diesen Plan am 12. März an das Ministerium des Innern weiter-zureichen. Es dürfte die preussische Landesversammlung interessieren, daß Herr Voss hier wörtlich folgendes er-klärt:

„Es darf zur Zeit nicht langatmig in 15 Pfennig-reichen 8. a. Missionen verhandelt werden, sondern es muß gehandelt werden.“

Das bedeutet also, daß das preussische Par-lament und die Berliner Stadtverwaltung als ob über-gangen werden sollen.

Später fand sodann auf Einladung des Reichswehr-ministers im Reichsamt des Innern eine Besprechung der „interessierten“ Kreise, wozu selbstverständlich nur Regie-rung und militärische Nebenregierung ge-rechnet wurden, während man Parlament und Stadtverwal-tung wie üblich überging. In dieser Konferenz kam als besonders interessantes Moment zur Sprache, daß die Auffstellung, die Stärke und die Bewaffnung der militä-rischen Sicherheitspolizei zwar den Friedensbedingungen widerspräche, daß es aber, wie besonders der Geheimre-gierungsrat Dr. Doyg, der bis heute noch unbestrofte Er-sinder des Märchens von den 57 ermordeten Dichtenberger Polizisten, erklärte, richtig sei, die Entente vor eine vollendete Tatsache zu stellen unter der Bewei-sführung, daß die ganze Maßnahme sich innerhalb der Gren-zen des Friedensvertrages halte. Die Herren denken offen-bar gar nicht daran, welche ungeheuren Nachteile ein sol-

des Verfalls vor der Entente für uns haben muß. Dann ist es natürlich die Arbeiterklasse, die unter den Gegenmaßnahmen der Entente vor allem zu leiden hätte.

Die Vorarbeiten und Besprechungen hatten sich inzwischen so verdichtet, daß am 30. Juli von der Organisationsstelle für die Sicherheitspolizei im neuen Kriminalgericht bereits die Richtlinien für die Polizeiorganisation bekanntgegeben werden konnten, von denen die Öffentlichkeit beziehungsweise bisher nur einen kleinen Teil zu erfahren bekam. Aus diesen Richtlinien ist zunächst zu ersehen, daß die Militarisierung der Polizei durchaus nicht nur für Berlin und einige andere Großstädte erfolgen soll, sondern daß sie im Gegenteil für ganz Preußen vorgesehen ist.

Die Richtlinien regeln sodann die Organisation im einzelnen (Einteilung, Unterbringung, Bekleidung usw.), wobei auch die Frage der Polizeifläche besprochen wird (wird man vielleicht bei Unruhen die Volksmenge von oben mit Bomben bewerfen?), und geben schließlich folgende bezeichnende Bestimmung:

„Es ist Aufgabe des Organisationsoffiziers, sich sofort durch Sammlung bei industriellen Werken, Banken und Geschäften, die durch den Schutz der Sicherheitspolizei besondere Vorteile haben werden, neue Fonds für weitere Propagandatätigkeit, für Verbesserung der Verpflegung, Ausstattung der Mannschaftsräume und Unterkunft der Unterbeamten, ferner für Wohlfahrtszwecke zu verschaffen.“

Danach ist die neue Sicherheitspolizei also vor allem zum besonderen Schutze der Banken und der Industriellen da; davon aber, daß die Polizei die Aufgabe hat, die gesamte werktätige Bevölkerung zu beschützen, befindet sich in diesem Machtwort kein Wort.

Gegenüber dem dauernden Kommando und Stämmen der Regierung über die haben Lohnforderungen der Arbeiter lohnt es sich, einmal die Lohnskala der Offiziere der neuen militärischen Sicherheitswehren zu betrachten. So erhält ein Major ein Tagelohn von 41,66 M., wozu für Beurlaubung noch täglich 2 M., ferner 150 M. monatlich Kleidergeld und freie Unterkunft treten, was einem Jahreseinkommen von fast 20 000 M. entspricht. Andererseits ist es bezeichnend, daß man einem jungen Deutnant etwa das doppelte Gehalt eines alten Oberwachmeisters gibt. Mit Geld wird überhaupt nicht gespart. So erhalten z. B. die Propagandaoffiziere erstens ihr volles Gehalt, zweitens Tagelohn, drittens Reisekosten. Da dies aber offenbar immer noch nicht genug ist, bekommen sie noch

„eine Summe, die dazu bestimmt ist, kleinere persönliche Ausgaben, die den Herren in der Stadt, der sie überwiesen sind, entstehen, zu bestreiten, die erste Propagandatätigkeit zu entfalten und Zuschüsse an das zunächst anzulehnende Hilfspersonal zu gewähren.“

Von symptomatischer Bedeutung für die Tendenz der ganzen Einrichtung ist es schließlich, daß in der allgemeinen Dienstvorschrift für die neuen Sicherheitsmannschaften ein Organisationsverbot enthalten ist. Es ist den Mannschaften verboten, in die Polizeiorganisation einzutreten. Besser als alles andere zeigt dieses Verbot das wahre Gesicht des ganzen Planes. Es zeigt, daß all die Reden, nach denen die neue Sicherheitspolizei dem Schutze der gesamten Bevölkerung dienen solle, nur hohle, die Wahrheit verbergende Phrasen sind, es zeigt, daß in Wirklichkeit die Militärkräfte sich in ihr ein willkürliches Werkzeug für den Augenblick schaffen will, da sie den Tag für die Konterrevolution für gekommen hält.

## Ohne Geist und ohne Verstand.

Mit Herrn Theodor Wolff haben wir es endgültig verstanden. Seitdem wir festgenagelt haben, daß er in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Politik ohne Geist und ohne Verstand betrieben hat, ist er sehr schlecht auf uns zu sprechen. Weil in dieser Frage seine Niederlage so eklatant wurde, daß er sie nicht einmal durch noch so viele schöne, aber inhaltslose Worte zu verdecken imstande war, verfolgt er uns seit dieser Zeit mit seinem Haß.

## Der Streit der Schieber.

Von Paul Wachtel.

Ich traf den Freiherrn von Z. am Ausgang der Hochbahn, wie er sich gerade eine Zeitung kaufte und fester vor sich hinstarrte. Meine Begrüßung weckte ihn offenbar aus ersten Gedanken und mit allgewohnter Deutlichkeit kam er sofort auf die Vergangenheit zu sprechen:

„Sie erinnern sich wohl unserer gemeinsamen Fahrt im Hamburger D-Bus vor 2 Jahren. Habe ich nun recht behalten?“ Triumph verklärte seine ausdrucksvollen Züge. Ja, ich mußte allerdings zugeben, er hatte recht behalten.

Herr v. Z. war Offizier und Sohn eines preussischen Kriegsministers. Aus diesen Gründen trat er während des Krieges an die Spitze einer besonders germanischen Kriegergesellschaft, die Munition herstellte und wegen mangelnder Stabunterstützung ihrer Direktoren einen Namen von allem Adel im wohlhabenden Landesinteresse bedurfte. Herr v. Z. hatte in wenigen Monaten die geschäftlichen Demerits bei den militärischen Behörden besorgt, welche strategische Tat mit 150 000 M. Spenden in der Bilanz der Firma ihre Verzehrung fand. Kleinliche Naturen ließen sich an der Höhe dieser Zahl nicht an der Tat für sich, und belohnten den Netter der A. G. mit Unbanke. Er mußte seinen kriegerischen Posten wieder verlassen. Vor etwa 2 Jahren, als von Z. noch auf der Höhe seines Ruhmes stand, traf ich ihn auf einer Reise, und damals entwickelte er mir sein Programm. Für ihn konnte es kommen, wie es wollte, er war immer oben auf seine Firma fixiert. Siegen wir, so schwamm er ja im Gelde; siegte die Entente, so würde er dann diese mit Munition versorgen. Bekamen wir aber in Deutschland Revolution, so würden sich nach seiner Überzeugung „die Platen“ untereinander bekriegen, und er, der streng konservativen Herr von allem Adel, würde sich ein besonderes Vergnügen daraus machen, seine politischen Gegner zu beliefern. Nicht beehrte diese erst preussische Geschäftstätigkeit etwas merkwürdig, doch hielt ich im Grunde alles mehr für Renommisterei und schlechten Scherz. Bestimmt mußte ich jetzt zugeben, daß die Geschäftsleitung meiner Volksgenossen keine und meine Erwartung in diesem Punkte wesentlich übertraffen hatte.

„Sie haben völlig recht behalten, Herr v. Z., aber darf ich dann erfahren, weshalb Sie so offenbar mißgestimmt sind?“ „Das ist doch klar“, erwiderte er sich. „Haben Sie nicht gesehen, was die besessenen Menschen machen? Krüchten sie die

Das Schicksal des Herrn Theodor Wolff tut uns zwar aufrichtig leid. Aber es ist ungeschickt von ihm und zeugt von einem bedauerlichen Mangel an Gelassenheit, daß er das von ihm so oft zitierte Wort „wer schimpft, hat unrecht“ nun unfreiwillig anerkennt. Was können wir denn dafür, daß selbst einer der bekanntesten deutschen Professore, Professor Ripplow, von ihm als von dem „Hauptheber“ schrieb und sind wir etwa dafür verantwortlich, daß Herr Theodor Wolff sich selbst in seinem Blatt durch den Artikel des Grafen v. Brockdorff-Rantzau beschleunigte, daß sein kindliches Protestgeheul die Arbeit der Friedensdelegation in Versailles außerordentlich erschwert hat?

Aber da wir nun einmal Verständnis für die Vunde des großen Geistes Theodor Wolff haben, nehmen wir ihm seine Angriffe nicht weiter übel. Insbesondere vermögen wir uns nicht über seinen heutigen Artikel zu entrüsten, der nur aus ganz gewöhnlichen und schon hundertmal von anderen erhobenen Angriffen auf die Unabhängigkeit besteht. Wir glauben nur, daß Artikel, die nur mit der Elle gemessen werden können, weil man ihren Inhalt nicht werten kann, ihn wahrscheinlich noch mehr um seinen Kredit bringen werden als seine Stellung in der Friedensfrage.

## Aus der Kreisversammlung der Zelow-Beestower Rechtssozialisten.

In der gestrigen Generalversammlung der Rechtssozialisten des Wahlkreises Teltow-Beestow-Charlottenburg wandte sich Kellly unter dem Beifall der Versammlung gegen Roske, weil er reaktionäre monarchische Offiziere in der Reichswehr dulde. Bemerkenswert ist, daß der „Vorwärts“ die höchst beachtenswerten Ausführungen dieses früheren Offiziers in zwei kurzen Sätzen abfertigt. Dann geißelte der Referent Schulz in seinem Schlusswort den Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl bei den rechtssozialistischen Abgeordneten, die den wichtigsten Sitzungen fernblieben. Er erwähnte, daß bei einer wichtigen Abstimmung bei der nur 18 Stimmen an der Mehrheit fehlten, unter den abwesenden 42 Abgeordneten 39 Rechtssozialisten waren. In einer darauf angenommenen Resolution wurde das Verlangen ausgesprochen, daß Roske alles dransehen müsse, um eine Wiederholung der in letzter Zeit immer häufiger werdenden Propagationen reaktionärer Offiziere unmöglich zu machen. Es sei unbedingt notwendig, derartige reaktionäre Elemente rücksichtslos von ihren Posten zu entfernen. Nach dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht soll die Zahl der Mitglieder 11 359 betragen.

## Antisemitische Hege der Reichswehrtruppen.

Gegen die in Czanz anwesenden Kadetten jüdischen Glaubens wird von Regierungssoldaten eine heftige Hege betrieben, die schon zu Tötlichkeiten und Ausschreitungen geführt hat. Die Ordnungsbücher verteilen im Dienstanzug (Revolver, Seitengewehr usw.) antisemitische Flugblätter aller Art, wobei sie von Offizieren in Uniform und Zivil eifrig unterstützt werden. Hauptächlich suchen sie aber die Halbwüchsigen zu Tötlichkeiten aufzureizen. Einer der Hauptheger, ein Unteroffizier John (im Zivilberuf Student) führte in einer Ansprache u. a. aus: „Wenn es heute abend losgeht, daß ihr ordentlich losschlagt, damit das Blut spritzt und wir die Juden endlich herauskriegen.“ Eine Wache, die vom Königsberger Generalkommando angeblich zum Schutz der Juden nach Czanz geschickt worden war, gab an, sie sei nur obkommandiert, um gegen die Frechheiten der Juden auf Ordnung zu sehen.“ Selbstredend schlägt die alldeutsche Presse in dieselbe Kerbe, indem sie behauptet, die „arische Rasse“ sei von den Juden überfallen worden.

## August der Schieber.

Wie aus Ropenhagen gemeldet wird, wurde Freitag vormittag bei Raim ein Wasserflugzeug, das aus einer Höhe von etwa 200 Metern zwei Pakete abwarf, gesichtet. Darauf verständig es wieder über die Ostsee. Aus dem Innern des Landes, wo seit einiger Zeit ein deutscher Herr und eine deutsche Dame wohnten, wurden Signale an das Flug-

zeug erteilt, das sich nach ihnen richtete. Der Besatzung wächter von Trelleborg erlittete Anzeige hierüber. Das deutsche Boot wurde in Trelleborg verhaftet und die Besatzung nach Trelleborg geschafft, wo sich zeigte, daß sie unehrten Spionen und Zuwetenschmuckstücken Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielt. Nach verschiedenen Ausschüssen gestanden die beiden Deutschen die Pakete seien vom Prinzen Wied abgeworfen. Der Inhalt gehöre dem früheren König von Sachsen.

Das Schicksal des Herrn Theodor Wolff tut uns zwar aufrichtig leid. Aber es ist ungeschickt von ihm und zeugt von einem bedauerlichen Mangel an Gelassenheit, daß er das von ihm so oft zitierte Wort „wer schimpft, hat unrecht“ nun unfreiwillig anerkennt. Was können wir denn dafür, daß selbst einer der bekanntesten deutschen Professore, Professor Ripplow, von ihm als von dem „Hauptheber“ schrieb und sind wir etwa dafür verantwortlich, daß Herr Theodor Wolff sich selbst in seinem Blatt durch den Artikel des Grafen v. Brockdorff-Rantzau beschleunigte, daß sein kindliches Protestgeheul die Arbeit der Friedensdelegation in Versailles außerordentlich erschwert hat?

Die heute auf Hindenburgs Verlangen ein Großschiff mit 84 Millionen Mark. Aber der ungebildete General-Adjutant sah keine, jedenfalls wohl auf Veranlassung der Entente, für den Bau eine Frist von nur 3 Monaten an. Die Firma, die bisher jeden Monat nur 8 Millionen netto verdient hatte, mußte sich binnen ein Monat von der Regierung eine Verpflichtung auf Fortführung der Kriegsaufträge bis 7 Monate nach Friedensschluss. Jeder Geschäftsmann unserer Branche wird dieses Verlangen begrüßen. Die militärischen Departements verhielten sich demgegenüber verständnislos, da der Wert des Objektes zu bescheiden war. Besonders renitent zeigte sich auch der Landwirtschaftsminister bei der Übergabe fiskalischen Terrains, weil er sich über Hindenburgs Tat auf an die Landwirtschaft nicht hinwegsetzen konnte. So mußten die Profissionen für die Verteilung der Bauaufträge eingehen, die man bei der Behörde geeignet verarbeiten konnte. Die Firma hoppelte inzwischen ruhig den Ton, da sie nach 14 Jahren endlich ihren 7-Monatsvertrag in der Tasche hatte. Angewiesen hatte sie allerdings die Kriegslage einigermaßen verändert.

„Sie lächelten ungläubig, als ich von Sabotage sprach.“ „Ich lächelte Sie gelächelt zu: Senator H. in D., ein Reiter der Technik, hatte das Unglück, bei der Gelegenheit, dem Kommando, auf einen Hücker, einen Anläufer zu stellen, dem ihm seine „Wohltätigkeit“ abnahm. Senator H. wurde demnach in einem zweiten Kriegsjahr festgesetzt und büßte 6 1/2 Monate im Strafbau ein, den er bei seiner Wiedereinführung nach der Freilassung selbstverständlich freigesprochen ohne große Mühe in der Militärkammer im Abzugwege entricht. Als er dann wieder freigesprochen war, rückte Senator H. durch Sabotage. Die Freilassung er in ein Sanatorium und ließ sich einen kühnen Versuch beschließen. Dann trat er wieder ins Kommando und war dementsprechend sofort das Ziel aller geschäftlichen Verhandlungen und Beamten. Er schob dann auch mit diesen Beamten über jeden Fall nach erfolgtem Rückschlag auf irgendeine Weise zum Eklat und ruinerte so das ganze kleine Schicksal. Er selbst sah sich gezwungen auf seinen Schicksal zu verzichten, auch wagte sich ohnehin nach seiner Schicksalslage kein Staatsanwalt mehr an ihn heran. Die Freilassung haben ihr rigoroses Vorgehen gegen diesen zeffizienten Mann nicht bitter bereut.

zeug erteilt, das sich nach ihnen richtete. Der Besatzung wächter von Trelleborg erlittete Anzeige hierüber. Das deutsche Boot wurde in Trelleborg verhaftet und die Besatzung nach Trelleborg geschafft, wo sich zeigte, daß sie unehrten Spionen und Zuwetenschmuckstücken Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielt. Nach verschiedenen Ausschüssen gestanden die beiden Deutschen die Pakete seien vom Prinzen Wied abgeworfen. Der Inhalt gehöre dem früheren König von Sachsen.

## Internationale Sozialistenkonferenz.

### Beratung der Statuten.

Über die Beratung der Statutenkonferenz der Internationale in der Vollversammlung vom 8. August folgt nun folgender Bericht vor.

Stiegen (Holland) referiert: Die allgemeinen Ziele der Internationale haben gegenüber der 1898 in London aufgestellten Fassung keine Änderung erfahren. Danach ist die Internationale eine Föderation von nationalen Sektionen, die familiäre Arbeiter- und sozialistischen Organisationen eines Staates oder einer Nationalität umfassen, deren Recht auf ihre Autonomie oder Unabhängigkeit von den internationalen Kongressen anerkannt werden. Die Arbeiterklasse soll in den verschiedenen Ländern besonderen Verhältnissen gemäß diejenigen Mittel zur Freilegung ihrer Ziele im Interesse des Proletariats, der Freiheit der Demokratie, des Sozialismus überhaupt selbst wählen, die sie für die besten hält. Ein Punkt der Statuten befaßt sich mit der heute leider häufig vorkommenden Verfolgungen, denen verschiedene Völker oder Angehörige verschiedener Nationen ausgesetzt sind. Aufgabe der Internationale ist es, überall für diese Unterdrückten einzutreten, die Ursachen der Unterdrückung zu beseitigen. Namentlich müssen wir wünschen, daß unsere politischen Gewerkschaften die Internationale hören und ihre Pflicht gegenüber den Unterdrückten tun werden.

Die neuen Statuten sehen folgende drei Formen der Kampfes vor: a) die politische, b) die gewerkschaftliche, c) die genossenschaftliche Form. Von einer Seite wird die Meinung vertreten die Internationale solle nur die politische Kampfesform anwenden. Dieser Auffassung sind aber alle Vertreter dieser Bewegung entgegengetreten, in denen eine gut entwickelte Arbeiterbewegung besteht. Auch die deutsche Bewegung hat diesen Standpunkt angenommen und getrennt (dualistisches) Verhalten abgelehnt. Wenn die obgenannten drei Formen in den Statuten festgelegt werden, so soll das keineswegs den Zweck haben, daß nicht noch weitere Kampfesformen zulässig sind. Die internationale Kampfesorganisation ist, politischer Natur. Die Statuten bezwecken vor allem den Wiederaufbau der Internationale. Nicht eine neue Internationale soll gegründet werden. Am 4. August 1914 wurde die erste Internationale in Genève verabschiedet, aber erlosch wurde sie nicht. Wir haben uns schwer verwundet, aber erlosch wurde sie nicht. Die Internationale während des Krieges redlich bemüht, die Internationale zu beleben. Leider ohne Erfolg. Nicht Mangel an Internationalität war Schuld am Zusammenbruch der Internationale, sondern der zu geringe Einfluß der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die Regierung während der Kriegszeit. Dieser Einfluß ist nun aber in allen Ländern wieder hergestellt, so daß man heute schon behaupten darf: wenn die nächste Internationale zusammentritt, wird unser direkter Einfluß in allen Regierungen erheblich sein.

Es gilt vor allem in den verschiedenen Ländern der Internationale kleinliche Streitigkeiten und Spaltungen zu vermeiden. Wir müssen unser Hauptaugenmerk auf die neue organisatorische Schwerkraft richten. Weiter erörtert Stiegen die Reorganisation der Finanzen der Internationale, ferner die Gliederung der Sektionen und den sozialistischen Berichterstatterdienst. Der Berichterstatter schlägt keinen allgemeinen orientierten Rat, sondern die Hoffnung, die neuen Statuten, die an Stelle der bisherigen, 29 Jahre in Kraft gewesen sind, abgeändert werden, möchten zu einer solchen fruchtigen Zusammenkunft der nationalen Parteien führen, daß unsere Bewegung zur Oberherrin der Welt führen kann. (Starker Beifall.)

Die Statuten über die Statuten. Gassanowitsch (Polstina): Unsere feilen Wünsche sind leider nur zum Teile berücksichtigt worden. Vor der Beratung der neuen Statuten sollten wir aber zuerst über die großen Kommissuren dieser unwahrscheinlichen Zeit grundsätzlich ins Klare kommen. Wir müssen hier eindringen in die Ursachen und den Verlauf der Krise, die die Internationale durchzumachen hatte. Die Grundfehler der Internationale war bis jetzt, daß sie sich

Die heute auf Hindenburgs Verlangen ein Großschiff mit 84 Millionen Mark. Aber der ungebildete General-Adjutant sah keine, jedenfalls wohl auf Veranlassung der Entente, für den Bau eine Frist von nur 3 Monaten an. Die Firma, die bisher jeden Monat nur 8 Millionen netto verdient hatte, mußte sich binnen ein Monat von der Regierung eine Verpflichtung auf Fortführung der Kriegsaufträge bis 7 Monate nach Friedensschluss. Jeder Geschäftsmann unserer Branche wird dieses Verlangen begrüßen. Die militärischen Departements verhielten sich demgegenüber verständnislos, da der Wert des Objektes zu bescheiden war. Besonders renitent zeigte sich auch der Landwirtschaftsminister bei der Übergabe fiskalischen Terrains, weil er sich über Hindenburgs Tat auf an die Landwirtschaft nicht hinwegsetzen konnte. So mußten die Profissionen für die Verteilung der Bauaufträge eingehen, die man bei der Behörde geeignet verarbeiten konnte. Die Firma hoppelte inzwischen ruhig den Ton, da sie nach 14 Jahren endlich ihren 7-Monatsvertrag in der Tasche hatte. Angewiesen hatte sie allerdings die Kriegslage einigermaßen verändert.

„Sie lächelten ungläubig, als ich von Sabotage sprach.“ „Ich lächelte Sie gelächelt zu: Senator H. in D., ein Reiter der Technik, hatte das Unglück, bei der Gelegenheit, dem Kommando, auf einen Hücker, einen Anläufer zu stellen, dem ihm seine „Wohltätigkeit“ abnahm. Senator H. wurde demnach in einem zweiten Kriegsjahr festgesetzt und büßte 6 1/2 Monate im Strafbau ein, den er bei seiner Wiedereinführung nach der Freilassung selbstverständlich freigesprochen ohne große Mühe in der Militärkammer im Abzugwege entricht. Als er dann wieder freigesprochen war, rückte Senator H. durch Sabotage. Die Freilassung er in ein Sanatorium und ließ sich einen kühnen Versuch beschließen. Dann trat er wieder ins Kommando und war dementsprechend sofort das Ziel aller geschäftlichen Verhandlungen und Beamten. Er schob dann auch mit diesen Beamten über jeden Fall nach erfolgtem Rückschlag auf irgendeine Weise zum Eklat und ruinerte so das ganze kleine Schicksal. Er selbst sah sich gezwungen auf seinen Schicksal zu verzichten, auch wagte sich ohnehin nach seiner Schicksalslage kein Staatsanwalt mehr an ihn heran. Die Freilassung haben ihr rigoroses Vorgehen gegen diesen zeffizienten Mann nicht bitter bereut.

„Denken Sie nun, das alles war immer das Werk nur eines einzelnen, und jetzt sind wir alle kraft organisiert. Wie die Welt heller haben wir unsern Kampfstrategie, den Gründungsplan von B. Sch. W. Wir treten geschlossen in den Streit, wenn auch

Die proletarische, aber noch nie eine gemeinsame Aktion des internationalen Proletariats zu organisieren vermochte. Wir wollen und müssen die Eroberung der politischen Macht durch den Kampf der Klassen. Die Internationale wird aber nur dann Realität werden, wenn das auf den Kongressen Beschlossene zum wirklichen Gesetz wird.

### Kritiken Unabhängige Sozialdemokratie, Deutschland:

Es ist bedauerlich, daß die Umstände es nicht gestattet haben, vor der Beratung über die Reorganisation der Internationale eine Aussprache über die politischen und gesellschaftlichen Probleme der Zeit vorzunehmen. Das wäre für die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts sehr nützlich gewesen. Gegen den grundsätzlichen Teil des Organisationsstatuts sind verschiedene Vorbehalte zu machen. Ein klarer revolutionärer Geist, ein offenes Bekenntnis zum Klassenkampf des Proletariats fehlen in der Einleitung. Ebenso eine scharfe Abgrenzung an die opportunistischen Vorstellungen. Die Internationale hat die Aufgabe, die Eroberung der politischen Macht und die Behauptung der Macht durch das Proletariat zu fördern, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Das ist die Diktatur des Proletariats, das ist die Ausübung der politischen Macht durch die umgeworfene Mehrheit der Gesellschaft. Die Herrschaft der Arbeiterklasse ist als Übergangsrichtung historisch notwendig. Solange Klassen bestehen, ist die Demokratie nicht möglich. Der Sozialismus wird die Klassen beseitigen und die Demokratie verwirklichen. Die politischen Organisationen sind bewußt, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. Sie sind die Träger der politischen Aktivität, sie müssen darum auch die verantwortlichen Träger der sozialistischen Internationale sein. Die Gewerkschaften haben andere Aufgaben, sie haben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die schrankenlose Ausbreitung zu bekämpfen. Die Gewerkschaften sind keine Kampforganisationen, sie erstreben die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Wir erkennen noch wie vor die große Bedeutung der Gewerkschaften und Genossenschaften an und halten es deshalb auch für notwendig, daß sich die politischen Parteien in den einzelnen Ländern mit den Gewerkschaften und mit den Genossenschaften über eine entsprechende Vertretung in der Internationalen verständigen. Nützlich ist auch eine enge Verbindung der sozialistischen Internationale mit der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Internationale. Das nur im Organisationsstatut nicht auch auf die Räte Bezug genommen ist, das wird das revolutionäre Proletariat nicht verstehen. Nicht jene von dem rechtssozialistisch-demokratisch-zentralistischen Regierungskreis in Deutschland geschickte unerfahrene Räte, wie Bliegen meinte, kommen für uns in Betracht. Denen ist durch die rechtssozialistische Regierung das Mägdchen gebracht, sie sind losgelassen worden. Für uns geht es nicht anlich abgestempelten Räte, sondern die proletarischen, von revolutionärem sozialistischem Geist erfüllten Räte. Die tiefe Idee des Räteprinzips ist, daß der wahre Charakter der Arbeit, der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise gefälscht worden ist, wieder zur Geltung kommt. Die Geschichte der Arbeit ist die Geschichte der Menschheit. Der wahre Zweck der Arbeit ist die Erhaltung und Wiederverzweigung des Lebens der Menschheit und nicht die Erzeugung von Profit für die Kapitalisten. Nicht die Träger der wirtschaftlichen und politischen Macht sein. Weil die Erzeugung des Räteprinzips noch nicht abgeschlossen ist, deshalb ist es von Nutzen, daß sich die politischen Organisationen in allen Ländern auch über die Vertretung der Räte in der sozialistischen Internationale verständigen. Die Beschlüsse der Internationalen sollten bindend für die nationalen Sektionen sein, besonders in den Fragen des Krieges, des Militarismus, der Sozialpolitik, der Handelspolitik, des Arbeiterkampfes und der Arbeiter. Die Internationale kann ihre Aufgaben nur lösen, wenn sie eine geschlossene internationale Front des Proletariats bildet. Wir werden dem Internationalen Kongress Anträge in unserem Sinne unterbreiten.

**Mistral (Frankreich)** macht ebenfalls einige Abänderungsvorschläge. In § 1 wünscht er die Worte „Vertretung der gesamten Menschheit“ zu ersetzen durch „Vertretung des Proletariats“. Ferner möchte er hinzufügen: „d. h. durch die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische“. Die Worte „sich zu verständigen und handeln“ sollen ersetzt werden: „um gemeinschaftlich in internationalistischer und revolutionärer Sinn zu handeln“. Mistral fügt hinzu: „Wir brauchen keine Angst zu haben vor dem Wort „revolutionär“. Jede Umwälzung ist eine Revolution an sich und schließt nicht unbedingt die Gewalt in sich.

**Mollenhauer (Deutschland)**: Es ist begreiflich, daß das, was wir wollen, nicht allen Wünschen entspricht. So etwas zu erreichen, ist überhaupt unmöglich. Den Vorschlägen Mistral's kann ich zustimmen. Ich empfehle Rückweisung der Vorlage mit allen Abänderungsvorschlägen an eine Redaktionskommission.

**De Broeders (Belgien)** verteidigt den Text der Kommission, besonders dem Geiste nach, den er vollkommen billigt. Dieser Geist besagt, daß wir der Tradition der internationalen sozialistischen Partei treu bleiben: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wo aber Klassenkampf ist, kann keine Demokratie sein, denn Klassenkampf ist eine solche Auffassung, welche ich mich energigsteht abgelehnt oder die Arbeiterklasse beseitigt werden sollte. Auch eine wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter werden wir mit sofortigem Ausbruch beantworten. Denn wir können nicht dulden, daß die Behörden hochmütig werden, wie in Bayern und in Rußland und vielleicht unter Betonung des Staatsinteresses die allgemeinen Wirtschaftsinteressen vernachlässigen. Nein, das widerspricht unserer Tradition. Wir streifen nicht ab, wenn etwas der Adel oder irgend ein anderer Titel aufgehoben wird. Denn wo soll es hinsehen, wenn etwa ein Herr von Schorödt sich einfach Schorödt nennen muß und der Kommerzienrat Lehmann keinen Grafen mehr findet, der seine Plume bei den Beamtenbehörden vertritt? Gehen wir ferner nicht anständigen Zuständen entgegen, wenn die deutschen Oberschulen nicht mehr vorzugsweise, wie bisher, aus unseren Reihen die Ehrenbedienten ernennen sollten? Wenn diese Auszeichnung etwa nur noch für wissenschaftliche Leistung erteilt werden sollte? Da ist Wort vor! Wir haben jetzt überall unsere Beziehungen. Jede Umwälzung unserer Tätigkeit muß in diesem Lande, das nach dem Kampf noch lange ein Vorbild trauriger Angst und Ordnung sein wird, zu Unruhen und Störungen des Staatsorganismus führen. Unser Streik würde augenblicklich einen Streik innerhalb der höheren Militär- und Beamtenklasse, also schließlich des gesamten Bürokratismus nach sich ziehen, und damit ist Brechen verboten.

**Ja**, wandte ich ein, „wie haben Sie sich dann aber j. B. der Revolution angepaßt? Von einem Scheitern habe ich damals gar nichts gehört.“

**„Anfänger“** sagte von K., „nicht wir haben uns der Revolution, sondern die Revolution hat sich angepaßt. Wir sind gut vorbereitet in Weimar, und es ist ausgeschlossen, daß von dort ein solches energisches gegen uns erfolgt. Im Gegenteil, wir werden wirklich noch nichts gemerkt! Und nun, wo wir, allein wir, durch unsere Organisation die Ordnung und Strafe sucht im Lande wieder aufzuheben haben, da kommt die bolschewistische Welle von Osten und vernichtet alle Früchte unserer Arbeit, alle Hoffnungen mit einem Schlag!“

**„Ja“** verheißt und bedauert Sie, Herr von K., sagte ich bedauernd. „Doch sollten Sie die Hoffnung nicht sinken lassen. Wir einen Mann von Ihren Fähigkeiten und Erfahrungen bildet, ist es recht der Weigen. Sie wissen, daß gewöhnlich gerade ein Beruf, der auf diesem Wege keine Ausichten oder Verdienste

gibt. Gewiß kann es vorkommen, daß, wo der Klassenkampf seinen höchsten, tragischsten Punkt erreicht, die Demokratie untergeht. Aber wir haben doch von jeder den Klassenkampf auf dem Boden der Demokratie auf unsere Fahne geschrieben. Die französische Revolution darf man nicht verwechseln mit einer Diktatur. Sie hat die Demokratie erst geschaffen. Herrscht etwa in Rußland das Proletariat? Nein! Die meisten der dort Regierenden sind nicht aus dem Proletariat hervorgegangen. Hat man dort etwa die Bourgeoisie expropriert? Nein! Dagegen hat man das Proletariat um eine ganze Reihe von Köchen gebrüht. Geht es den Sozialismus demokratischen, wenn wir den Kapitalismus ersetzen durch die Diktatur wie in Rußland, durch Schaffung einer bolschewistischen Bürokratie? Gewiß, wir wollen die Idee der Diktatur des Proletariats nicht aufgeben; aber wir wollen sie nach unserer Weise interpretieren. Seine zweideutige Formel: Ich warne den Kongress vor der Annahme zweideutiger Formeln und Absichten, die nicht einen ganz klaren Sinn haben. Auch „Einigkeit“ kann eine zweideutige Auslegung erfahren. Dieser Ausdruck kann dazu führen, daß die tragische Situation, in der sich die Internationale tatsächlich befindet, verbüllt wird. Schaffen wir möglichst klare Formeln, damit die zweite Internationale das bleiben kann, was sie war, weil sie sich schließlich wieder eine zweite noch eine dritte Internationale.“

**Gruchowski (Ukraine)** begrüßt es namentlich der ukrainischen Delegation, daß die Internationale ihre Sympathie mit den unterdrückten Völkern zum Ausdruck bringt. Die ukrainische Delegation stimmt mit den Engländern überein, die gegen zaristische Verordnungen in den weissen Staaten protestieren, und verlangt, daß die Internationale bei allfälligen Konflikten den Schiedsrichter spiele, daß sie jedenfalls eine Kontrolle ausübt. In diesem Sinne begrüßt er den Geist der Einleitung der Statuten.

**Prasard (Frankreich)** wendet sich gegen die von de Broeders aufgeworfene Interpretation. Er hält es nicht für richtig, daß de Broeders einige Ausführungen in der Kommission dazu benützte, heute schon hier die Frage der Demokratie aufzuwerfen, die doch erst im späteren Verlauf dieses Kongresses zur Erörterung gelangen soll. Die Zusatzanträge Mistral's entsprechen dem Geist der Internationale vollkommen.

**Kauf** die Bemerkungen de Broeders über die russische Revolution will Prasard heute noch nicht antworten. Der französische Reichstag ist es unumgänglich anzunehmen, daß die Internationale im gleichen Moment, wo sie aufs neue beschließen will, eine Enquete-Kommission nach Rußland zu schicken, von vornherein ein Verdammungsurteil gegen die Bolschewisten fällt. Wenn man uns von der französischen Mehrheit vor die Wahl stellt zwischen Rolle und Lenin, dann sind wir für Lenin.

**Bliegen** erhält als Berichterstatter der Kommission das Schlußwort. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Mollenhauer, der mehrere Stellen des Statutenentwurfs unrichtig aufgefaßt zu haben scheint. Der Gedanke Mollenhauer's betreffend der allgemeine Verbindlichkeit der Beschlüsse ist nicht ausführbar.

**Geisler** hat über die Räte gesprochen. Ich glaube, wir haben gut daran getan, die Räte nicht als eine ständige Organisation in die Statuten aufzunehmen. Sie sind entweder ein Teil der politischen Organisation des Proletariats oder sind es nicht. Wenn sie ein Teil der Organisation sind, dann brauchen sie aber in den Statuten nicht besonders genannt zu werden; wenn sie aber ein Teil des gleichzeitigen oder kontrollierenden Staatsorganismus sind, dann sind sie nicht mehr Kampforganisation und haben auf internationalen Kongressen nichts zu tun.

Der Kommissionsreferent setzt sich noch mit dem Amendement Mistral's auseinander. Sein Änderungsantrag betreffend „Vertretung des Proletariats“ (statt: „Vertretung der Menschheit“) bedeutet eine große Einschränkung des Sozialismus und ist daher zu bekämpfen. Jaurès hat sein Wort auch nicht „Proletariat“ genannt, sondern „Humanität“. Der Redner bittet den Genossen Mistral, dieses Amendement zurückzugeben. — Gegen den zweiten Zusatzantrag Mistral's hat der Kommissionsreferent nichts einzuwenden. Dieser Antrag kann immerhin leicht zu einer Begriffsverwirrung führen („kollektivistisch oder kommunistisch“). — Mistral will weiter sagen: „Gemeinsames Vorgehen in einem internationalistischen und revolutionären Geist“. Durch diese Forderung würde ein inhaltloses Wort ersetzt durch etwas Wirkvolles. „Erhaltung des Weltfriedens“ ist eine positive, wichtige und hehre Aufgabe, die der Internationale gestellt wird. Wenn wir statt dessen sagen: „Gemeinsames Vorgehen“, so sagen wir eigentlich nichts anderes, als daß wir hier die Gelegenheiten benützen wollen, um das Wort „revolutionär“ einzuführen. Das ist gar nicht nötig; denn die ganze Einleitung ist ja schon revolutionäres Geistes, ohne daß dies durch die Benützung des Wortes selbst gefordert wird. Ich wünsche Ablehnung des letzten Änderungsantrages von Mistral.

Im Anschluß an die Ausführungen Bliegen's erhebt sich nochmals eine längere Diskussion über den Zusatzantrag Mistral's betreffend „kollektivistisch oder kommunistisch“. Bei verschiedenen Enthaltungen wird in der Abstimmung mehrheitlich folgender

möglichst mehr bietet, am meisten geeignet erscheint, in einer Hochschule weitesten Kreisen gelehrt zu werden. Denken Sie an die vielen privaten Technika und Chemiefabriken! Eründen Sie doch unter Ihrem Namen eine Schiedsacademie; Sie werden es da zu etwas bringen. Keine und zahlloser anderer Wissenschaftler erprobte Lebenserfahrungen will ich Ihnen für Ihre Propaganda, weil Sie es sind, zur Verfügung stellen. Sie, so wohl ich hier habe, habe ich aber einer meiner Bekannten, denen es heute gut geht, ihr Glück ausschließlich durch Schiebung, einzelne auch durch Heirat oder Erbschaft gemacht. Sie, Verehrter, haben mich ja auch einmal hereinfallen lassen, als ich so sach-unabhängig war, mich auf geradem Wege für Ihre geschätzte Firma zu bemühen. Sie hatten wohl, ich war ein Anfänger, aber heute sehe ich ein: Wägen die Reiche uns die Kolonnen und die Erbschaften fortnehmen, dem Tüchtigen verbleibt bei uns ein unerschöpflich reicher Vorrat in der tieferliegenden Einsicht unseres Volkes. Schiebertum hat noch immer einen goldenen Boden, das es beim Kontrast oder gar bei der Wissenschaft längt nicht mehr gibt. — Wasen Sie doch den jungen Volk u. a. auch einmal die Poetik, die Schönheiten Ihres Berufs aus. Eines so: Wie wir alle Schieber wurden. Erinnerungen aus großer Zeit! Oder: Wie werde ich meinen Umgang? Ein Stand, der sich so vorbildlich organisiert hat, muß noch meine Lieberzeugung auch eigene Rücksichten besitzen, nicht wahr? — Auf Wiedersehen!“

**K.** verabschiedete sich nachdenklich und verabschiedete, den immerhin beachtenswerten Vorschlag der Schiedsacademie mit Erlassen Papa, dem früheren preussischen Kriegsminister, in Ruhe durchsprechen zu wollen.

Die Gründungsfeierlichkeiten des Spanischen Theaters wird infolge Erkrankung einer Hauptdarstellerin auf den 12. und 14. d. Mts. verlegt. Die alten Karten behalten Gültigkeit.

In den Kammertheatern des Deutschen Theaters findet Donnerstag die 50. Aufführung der Komödie „Das Weib und der Gampelmann“ mit Desophine Konstantin und Julius Gelsenbörner in den Hauptrollen statt.

Im Lessing-Theater findet am Dienstag, den 12. d. Mts., die 75. Aufführung von „Charles Tancie“ mit Guido Thielher als Volk statt.

Im Deutschen Künstler-Theater findet Donnerstag, den 14. August, die 75. Aufführung des Schwankes „Die Kutschbahn“ von Gordon und Gey mit Max Adalbert in der Hauptrolle statt.

fassung zugestimmt: ... Sich zu verständigen und gemeinschaftlich zu handeln in internationalistischem und revolutionärem Geist für die Sicherung des Weltfriedens.“

Darauf werden die neuen Statuten in globo ohne Gegenantrag angenommen.

## Gewerkschaftliches.

### Cariffbewegung im Zeitungsgewerbe.

Die Angehörigen der Zeitungsbetriebe waren am Sonntag vormittag im großen Saal der Philharmonie versammelt, um Stellung zu dem von der Tarifkommission nach langen Beratungen zu Ende geführten Tarifentwurf zu nehmen. Dr. Biermann, der Vorsitzende des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Druck- und Zeitungsgewerbes, referierte über den Entwurf. Dieser legt einen Hauptwert auf das Einkommen, das die Angestellten durch die zu wählenden Betriebsräte, deren Beschlüsse durch den Vertrag festgesetzt werden sollen. Die Arbeitszeit soll 42 Stunden wöchentlich betragen mit einem freien Nachmittag in der Woche. Ein anderer Abschnitt des Entwurfs regelt die Rechte der Arbeitervereine.

Die Kinderzuschüsse, bis ab 1. 4. 10 rückwirkend gelten sollen, sind in verschiedene Gruppen eingeteilt. Gruppe I umfaßt Lehrlinge und Jugendliche vom 14. bis 20. Lebensjahre ab; hier beträgt das Mindestgehalt 800 M. Gruppe II B vereinigt die mit qualifizierten Arbeiten beschäftigten Angestellten, für die 400 M. Mindestgehalt vorgesehen werden, und in Gruppe II C sind die mit besonderen Fachkenntnissen oder Fähigkeiten ausgestatteten Angestellten, die 450 M. Mindestgehalt erhalten sollen. Gruppe II D, die Abrechnungsbeihilfen, Hauptbuchhalter, Hauptrechner, Disponenten usw. umfassen, soll eine Funktionszulage von 25 Prozent auf die Gehälter der Gruppe C erhalten. Für jedes Berufsjahr werden in den Gruppen II A—D Gehaltszulagen von 25 M. monatlich gefordert. Überstunden sollen mit  $\frac{1}{2}$  des Monatsgehalts, mindestens mit 3 M. entschädigt werden. In Krankheitsfällen soll das Gehalt bis zu sechs Wochen, nach zehnjähriger Tätigkeit bis zu drei Monaten weitergezahlt werden. Der Urlaub soll bis zum 17. Lebensjahr sechs Arbeitstage, steigend bis zu 24 Arbeitstagen, betragen.

Weitere Punkte sind: Demütigung des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises, Befreiung der Konkurrenzkaufleute, Rindungsbeitrag die geschickte zum Quartalslohn. Ferner wird eine Wirtschaftshilfe bis zum Höchstbetrage von 800 M. außer einem Zuschlag von 20 Prozent für Betriebsräte und 5 Prozent für jedes Kind gefordert.

In der Diskussion wurde von einigen Rednern verlangt, den Entwurf erst sämtlichen beteiligten Angestellten in gedruckter Form zu unterbreiten. Dies lehnte die Versammlung jedoch ab und erteilte nach einigen kleinen Abänderungen dem Tarifentwurf gegen wenige Stimmen die Zustimmung. Gleichfalls gegen wenige Stimmen beschloß die Versammlung, daß der Angestelltenverband des Buchhandels, Druck- und Zeitungsgewerbes und der Zentralverband der Druckgeschäften bei dem Mandat erhalten, diese Forderungen bei der Unternehmerorganisation einzubringen und zu vertreten.

### Protest dem Bürgerstreik.

Die organisierten Fleischer Groß-Berlins protestierten gegen die bürgerlichen Scharfmacher und nahmen folgende Protestresolution an:

Die in 12 Bezirksversammlungen vom 5. bis 8. August 1910 innerhalb Groß-Berlins versammelten Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, protestieren auf das energischste gegen das Vorgehen der fleischermeistlichen Fleischer durch Sabotage den Tagelohn sowie die Reichsbehörden mit bewerkstelligten Mitteln zu zwingen, die Zentralisation der Fleischerleitung aufzugeben. Unter den Groß-Berliner Fleischermeistern wird Stimmung gemacht, den Verkauf der Fleisch- und Wurstwaren zu verweigern, wenn nicht sofort das Nationalierungssystem aufgehoben wird. Unserer Ansicht nach ist Deutschland z. B. nicht fähig, soviel Fleisch und Vieh einzuführen, daß der volle Bedarf gedeckt wird. Eine genügende Einfuhr erreicht ist, wäre eine Aufhebung der Nationalierung ein Privileg für die Reichen und ein Verbrechen an den breiten Massen der Widerbemittelten. Wir erwarten, daß die zuständigen Behörden diesem Treiben der fleischerlichen Scharfmacher energischen Einhalt gebieten und bei eventl. Schließung der Verkaufsstellen, den Verkauf der Fleischwaren in eigene Regie übernehmen.

Außerdem wurde Axel Regien, wegen seiner Forderung auf den Antisemitischen Kongress in Bragan der Deportation beschuldigter Arbeiter, ein Mißtrauensvotum ausgesprochen.

### Tarifvertrag für die Kaffeehausmutter.

Der ab Sonnabend, den 8. d. Mts., beschlößt geführte Streit der Kaffeehausmutter ist nicht ausgebrochen. Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Verbandes der Kaffeehausmutter, Herrn Stepsgard, fanden in den Nachmittagsstunden nochmals Verhandlungen bei dem Vorsitzenden des Verbandes der Kaffeehäuser, Herrn Diefel, statt. Die anwesenden Parteien kamen nach dreistündiger Verhandlung zu gegenseitiger Verständigung. Die Formulierung des Tarifvertrages soll sofort in Angriff genommen werden.

### Differenzen bei den Berliner Vesteidungsämtern.

Die Einschränkung und Auflösung der Militärbetriebe hat zu Differenzen zwischen der Intendantur und den Angestellten der Vesteidungsämter geführt. Durch Bekanntmachung der vorgelegten Dienststellen vor den Angestellten und Handwerker kürzlich mitgeteilt worden, daß infolge der Auflösung des alten Heeres und der Herabsetzung der Reichswehr auf 200 000 Mann die Vesteidungsämter in ihrer bestehenden Form nicht mehr weitergeführt werden könnten, und daß die Entlassung des allergrößten Teils der Handwerker und anderen Angestellten unvermeidlich sei. Es wurde den angestellten noch in den Vesteidungsstellen Beschäftigten der Mai erteilt, sich rechtzeitig nach einer anderen Beschäftigung anzusehen. Gegen diese Verfügung der Intendantur erhoben die Arbeiter Protest und verlangten eine langfristige Bindung, da sie ohne weiteres nicht in anderen Berufen unterkommen könnten. Da jedoch das Kriegsministerium keine Mittel mehr für die Aufrechterhaltung dieser schon längst überflüssigen Abteilungen zur Verfügung stellen kann, hat auch die Intendantur die Forderung weiterer Löhne verworfen. Die Handwerker und Angestellten erklären nach wie vor, daß sie bis auf weiteres in den Betrieben bleiben, bis die Entlassungsfrage geregelt sei. Eine Kommission will sich an das Kriegsministerium wenden, um die Intendantur zur Beweissicherung der geforderten Löhne zu veranlassen.

**Wichtig!** Betriebsvertrauensleute und Schlichter! Am Dienstag Ausgabe der Flugblätter im Jugendklub, Schlichterwoche d. Abholung unbedingt notwendig!

**Wichtig!** Schlichter! Letzte Sitzung, den 11. August, findet in den bekannten Lokalen nach Schluß der Arbeitszeit die Wahl zum internationalen Schlichter- und Vertrauensratskongress statt. Kandidat: Kollege Volkmerhaus. Mitgliedsbeitrag legitimiert. Die Leidenschaft.

